

# Knallhart kalkuliert

Verfassungsschutz will Höckes Rede prüfen – strafrechtlich wird sie wohl keine Folgen haben

VON JAN STERNBERG

**BERLIN.** Björn Höcke beschäftigt den Verfassungsschutz. Der Chef des Thüringer Landesamts, Stephan Kramer, kündigte an, die Äußerungen des AfD-Landessprechers am Dienstag in Dresden auf mögliche strafbare Inhalte hin zu analysieren. „Wir werden uns die Rede und die Reaktionen darauf in der Partei auf unterschiedlichen Ebenen sehr genau ansehen“, sagte Kramer dem Redaktions-Netzwerk Deutschland (RND). Sollte die Prüfung ergeben, dass sich Höcke volksverhetzend geäußert hat, könnte daraus die Beobachtung der Partei oder einzelner Strömungen erfolgen.

Genau das fordern Politiker nach Höckes Rede: „Die AfD muss endlich vom Verfassungsschutz beobachtet werden!“, schreibt SPD-Chef Sigmar Gabriel auf Twitter. „Die Äußerungen von Höcke & Co. sind eindeutig“, weiß der oberste

Sozialdemokrat bereits. Stephan Kramer in Erfurt ist da vorsichtiger. Die Prüfung werde einige Zeit in Anspruch nehmen, deutet er an.

Denn die Profis in den Behörden vermuten: Höcke ist nur sehr schwer zu fassen. Wenn überhaupt. Und sie befürchten einen Schnellschuss im Wahljahr. Niemand will der AfD die Genugtuung geben, vor Gericht gegen den Verfassungsschutz zu siegen und daraus Kapital zu schlagen. „Unsere gesetzlichen Grundlagen geben zurzeit keine Beobachtung der AfD her“, sagt Kramer. Mit offenen Mitteln schaue man sich die Partei, deren Treffen und Aktivitäten, dennoch genau an.

Nicht zum ersten Mal hat der AfD-Scharfmacher Höcke seine Provokation knallhart kalkuliert. Er forderte eine „erinnerungspolitische Kehrtwende um 180 Grad“ und nannte das Holocaust-Mahnmal ein „Denkmal der Schande“. In



**Provoziert gern, weiß aber offenbar sehr genau, wie weit er gehen darf: AfD-Rechtsaußen Björn Höcke.**

Foto: dpa

einer längeren Stellungnahme, die postwendend am nächsten Mittag verschickt wurde, wollte er mit „Schande“ den Völkermord an den Juden und nicht das Mahnmal gemeint haben. Wegen dieses Schachzugs dürften auch die Strafanzei-

gen gegen Höcke, die mehrere Abgeordnete stellten, ins Leere laufen.

Bereits vor einem Jahr, nach einer ähnlichen Provokation, wurde vom hessischen Kultusministerium verlangt, ein Disziplinarverfahren gegen Höcke zu eröffnen. Er war dort als Lehrer tätig und ist zurzeit beurlaubt. Die Bundestagsabgeordneten Eva Högl (SPD) und Özcan Mutlu (Grüne) forderten jetzt erneut ein solches Verfahren. Vermutlich ohne Erfolg. „Dafür müsste etwas strafrechtlich Relevantes vorliegen“, sagt der Beamtenrechtler Gerd Tersteegen dem RND.

Höckes Stellung in der Partei hat zwar gelitten, aber nicht allzu stark. In die bevorstehenden Wahlkämpfe wird er nur sporadisch eingreifen. Für den Bundestag kandidiert er nicht, im Bundesvorstand ist er ebenso wenig vertreten. Da fällt es nicht auf, dass er in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein keine Auftritte bekommen wird.